

INHALTSVERZEICHNIS

A. Die Einleitung des Verfahrens		
B. Das Verfahren bis zum Beginn der mündlichen Verhandlung	}	1. Band
C. Die mündliche Verhandlung		
1. bis 27. Verhandlungstag		
28. bis 44. Verhandlungstag		2. Band
45. Verhandlungstag (29. Juni 1955)		1
BVerfG:		
Beschluß über		
Ablehnung des Beweisantrages der KPD über die einseitige Anwendung der Strafvorschriften wegen Staatsgefährdung gegen Angehörige der KPD		1
Zurückstellung der Beweisanträge der KPD über die Tätigkeit der „Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit“, der „Organisation Gehlen“ und des „Bundes Deutscher Jugend“ und über die ungehinderte Tätigkeit von Soldatenverbänden in der Bundesrepublik		1
Ablehnung des Beweisantrages der KPD über bürgerlich-demokratische und antifeudale-antiimperialistische Revolutionen in der Periode des Imperialismus (Lehre des Marxismus-Leninismus)		1
Ablehnung des Beweisantrages der KPD über die Gründe der KPD für eine Ablehnung des ersten Strafrechtsänderungsgesetzes		1
BReg. (Henrichs): Die rechtlichen Grundlagen des von der BReg. gestellten Antrages		1
Art. 21 Abs. 1 GG		2
Die Stellung der Parteien nach dem Grundgesetz		2
Das Mehrparteiensystem		3

Art. 21 Abs. 2 GG	4
Die Entstehungsgeschichte der Bestimmung	4
Der Begriff der Ziele	9
Das Verhältnis von „Lehre“ und „Ziel“	12
Die zeitliche Verwirklichung der Ziele	14
Das Bestehen verschiedenartiger Ziele	17
Der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung	17
Die Begriffe „Beeinträchtigen“ und „Beseitigen“	20
Der Begriff „Bestand der Bundesrepublik“	22
46. Verhandlungstag (30. Juni 1955)	22
Erörterungen über den zeitlichen Ablauf der weiteren Verhandlung	22
BReg. (Dr. Dix): Die politische Zielsetzung des Marxismus-Leninismus	23
Art. 21 GG als Schutz gegen totalitäre Parteien	23
Die politischen Maximen des Marxismus-Leninismus als Aktionslehre und Zielsetzung im Sinne des Art. 21 GG	25
Die politische Zielsetzung des Marxismus-Leninismus im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung	27
Die Verbindlichkeit des Marxismus-Leninismus für die KPD	27
Die Ablehnung des „besonderen friedlichen deutschen Weges zum Sozialismus“ durch die KPD	28
Die Theorie des Marxismus-Leninismus als Anleitung zum revolutionären Handeln	29
Die Kommunistische Partei als straff disziplinierte Kampfpartei	29
Die Errichtung der Diktatur des Proletariats durch den revolutionären Klassenkampf	30
Die kommunistische Staatslehre	33
Die Unvereinbarkeit der kommunistischen Staatslehre mit den Grundwerten der Freiheit und Gleichheit	33
Die Allmacht der Partei im staatlichen und gesellschaftlichen Leben	35
Die Zweckgebundenheit der kommunistischen Begriffe „Recht“ und „Sittlichkeit“	36
Die kommunistische Theorie von „Strategie und Taktik“ — ein moderner Macchiavellismus	37
Die „Nationale Wiedervereinigung Deutschlands“ als Übergang zur kommunistischen Diktatur	39
Die Ausnutzung demokratischer Rechte und des Parlamentarismus zur Revolutionierung der Massen	40
Die „Aktionseinheit“ und der Führungsanspruch der Partei	42
Der nationale Kampf — eine Zwecklosung des revolutionären Klassenkampfes	42
Die Sinnwandlung rechtlicher Grundbegriffe, politischer Tatbestände und ethischer Grundwerte durch die Agitation der KPD	43

Die Diskriminierung der Verfassungs- und Staatsorgane und der staatstragenden Kräfte als Mittel der Zersetzung	45
Zusammenfassung	48
47. Verhandlungstag (1. Juli 1955)	51
BReg. (Dr. von Winterfeld): Die aktuelle Zielsetzung der KPD	51
Einleitung	51
Der Umsturzplan der KPD	53
Der Begriff des sogenannten Adenauer-Regimes	54
Der Sturz des sogenannten Adenauer-Regimes	56
Die außerparlamentarischen Aktionen	58
Die Schutzbehauptungen der KPD	60
Die kommunistische Widerstandstheorie	63
Die Bildung einer revolutionären Massenbasis	65
Die Massenbasis der Nationalen Front	65
Die Nationale Front als Ausdruck marxistisch-leninistischer Prinzipien	65
Der kommunistische Begriff des „Patrioten“	66
Die Klassennatur der nationalen Frage	67
Die kommunistischen Begriffe „Frieden“ und „Völkerversöhnung“	68
Der kommunistische Begriff des Krieges	68
Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse als Massenbasis	69
Die Planung der revolutionären, stufenweisen Übertragung der Herrschaftsordnung der sowjetischen Besatzungszone auf die Bundesrepublik	70
Die revolutionäre Errichtung der „Regierung der nationalen Wiedervereinigung“	71
Die Aufgaben der „Regierung der nationalen Wiedervereinigung“	72
Die revolutionäre Natur der „antiimperialistischen Ordnung“	72
Die „antiimperialistische Ordnung“ als Übergangsform zur sozialistischen Revolution	73
Der Inhalt des Übertragungszieles der KPD	76
Die Resolutionen von Brüssel und Bern als Grundlagen der aktuellen Zielsetzung der KPD	78
Der Mißbrauch des Wiedervereinigungsgedankens für die revolutionären Ziele der KPD	79
Die Bedeutung der Präambel des Grundgesetzes	79
Die Bedeutung des Art. 146 GG	80
Die Bedeutung des Freiheitsbegriffes für die Wiedervereinigung	80
Zusammenfassung	81

48. Verhandlungstag (5. Juli 1955)	83
Präsident: Bekanntgabe der Mandatsniederlegung des RA Walter . . .	83
BReg. (Dr. Kalsbach): Die rechtliche Gesamtwürdigung des Verfahrens .	83
Der Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD .	83
Die Zulässigkeit des Verfahrens	83
Die Anwendung des Art. 21 Abs. 2 GG im allgemeinen . . .	85
Die unmittelbare Anwendbarkeit des Art. 21 Abs. 2 GG	85
Die gesetzlichen Voraussetzungen des Art. 21 Abs. 2 GG	87
Die Ausscheidung von unerheblichen Vorbringen der KPD	87
Die Beseitigung und Beeinträchtigung der freiheitlichen demo- kratischen Grundordnung	88
Der Sturz des sogenannten Adenauer-Regimes	83
Der Begriff des Adenauer-Regimes	83
Der Zweck und die Mittel des Sturzes	91
Die Rechtfertigungsversuche der KPD	98
Die Übertragung der Herrschaftsordnung der sowjetischen Besatzungszone auf die Bundesrepublik	98
Die Zielsetzung	98
Der Weg der Übertragung	99
Die Ideologie des Marxismus-Leninismus	100
Die Weltanschauung und die Zielsetzung	101
Die Lehre von der revolutionären Machtergreifung	101
Die Festigung der revolutionär erlangten Staats- macht durch die Diktatur des Proletariats . . .	103
Die rechtliche Würdigung	105
Beseitigung und Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung	105
Gefährdung des Bestandes der Bundesrepublik Deutschland	103
Mißbrauch des in der Präambel und in Art. 146 GG verankerten Wiedervereinigungsgedankens	108
Ergebnis: Verfassungswidrigkeit der KPD . . .	109
Die weiteren Anträge der Bundesregierung	109
Der Antrag auf Auflösung der KPD	109
Der Antrag auf Verbot der Bildung und Fortführung von Ersatzorganisationen	109
Der Antrag auf Vermögensentziehung	109
BReg. (von Lex): Die politische Gesamtwürdigung	110
Die staatspolitische Bedeutung des Verfahrens	110
Wesen und der Wert der freiheitlichen demokratischen undordnung	111

Die Angriffe der KPD gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Bestand der Bundesrepublik . . .	112
Die revolutionäre Natur des Kommunismus	113
Die Diffamierungen der Verfassungsorgane durch die KPD	113
Die Beschimpfungen der Gerichte durch die KPD . . .	113
Der Aufruf der KPD zum grundgesetzwidrigen Widerstand gegen die Staatsorgane	114
Der Mißbrauch des Wiedervereinigungsgedankens durch die KPD	115
Die Bedrohung unseres freiheitlichen demokratischen Lebens durch die KPD	116
Die Anträge der Bundesregierung	117

49. Verhandlungstag (12. Juli 1955) 117

KPD (Dr. Kaul): Antrag auf Vertagung der Verhandlung (Zusicherung freien Geleits für das Mitglied des PV der KPD Fisch bis zur Beendigung der Verhandlung)	117
BVerfG: Ablehnung des Vertagungsantrages der KPD	118
BVR Dr. Stein: Begründung der Entscheidung	118
KPD (Dr. Kröger):	
Übersicht über die Schlußplädoyers der KPD	119
Die Anträge der KPD	119
Die Hintergründe des Verbotsverfahrens	120
Der historische Hintergrund des Verfahrens	120
Die Haltung der KPD in der Nazizeit	121
Das Programm der KPD von 1945	122
Die antinationale Politik der BReg	124
Die nationale Haltung der KPD als Partei der Arbeiterklasse	125
Der unüberbrückbare Gegensatz zwischen BReg. und KPD	127
Der Zusammenhang zwischen der Politik der Pariser Verträge und dem Verbotsantrag gegen die KPD	128
Die Verschleierung der wahren Gründe für das Verbotungsverfahren	134
Die Gründe der KPD für die Bekämpfung der Politik der BReg.	136
Die Forderung der KPD nach nationalem Widerstand gegen die Politik der BReg.	139
Das wirkliche Verhalten der Kommunisten in Westdeutschland	142
Die gegenwärtige Lage in Westdeutschland	144
Die wahre Bedeutung des Verfahrens	147

50. Verhandlungstag (13. Juli 1955)	148
KPD (Dr. Kröger): Die Behandlung der deutschen Frage auf der Genfer Außenminister-Konferenz	148
KPD (Dr. Hütsch): Die rechtlichen Grundlagen des Verbotsverfahrens	148
Die Unzulässigkeit des Verfahrens wegen Verstoßes gegen die Wiedervereinigung	148
Das Gebot der Wiedervereinigung	149
Die Grundsätze für den Weg zur Wiedervereinigung	152
Die Bedeutung der Parteien für die Wiedervereinigung	153
Das gesamtdeutsche Wahlgesetz	154
Die Wiedervereinigung „in Einheit und Freiheit“	154
Die Möglichkeit der Wiedezulassung der KPD für gesamtdeutsche Wahlen	156
Zusammenfassung	157
Die Stellung der Parteien nach dem Grundgesetz	157
Der politische Widerstand einer Partei	159
Die grundsätzliche Bedeutung des Widerstandsrechts	160
Die Anerkennung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch die KPD	161
Stellungnahme zu einigen Fragen des Art. 21 Abs. 2 GG	163
Die dauernde „Obstruktion“ einer Partei als Indiz ihrer Verfassungswidrigkeit	163
Die Verfassungswidrigkeit einer Klasseninteressen vertretenden Partei	165
Der Begriff der „Beeinträchtigungsabsicht“	166
Der Begriff der „Ziele“	166
Das „weltanschauliche“ Ziel	167
Der zeitliche Geltungsbereich des Grundgesetzes	168
KPD (Böhmer): Die konkrete Zielsetzung der KPD	168
Die wirklichen Ziele der KPD	168
Die friedliche Wiederherstellung der Einheit Deutschlands	169
Der Kampf gegen die Remilitarisierung	170
Die Forderung nach freien Wahlen	172
Die Forderung nach Verständigung beider Teile Deutschlands	173
Die Entscheidung des Volkes über die soziale und staatsrechtliche Ordnung des wiedervereinigten Deutschlands	175
Die Sicherung des Friedens	176
Der stete Kampf der KPD gegen den Militarismus	177
Das gegenwärtige Ziel und die Mittel des Kampfes	180
Die Erhaltung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten	181
Die Beschränkung dieser Rechte und Freiheiten in der Bundesrepublik	182

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Gewerkschaften	183
Die Wahlgesetze in den Ländern und im Bund	184
Die allgemeine Kritik an der Beschränkung dieser Rechte und Freiheiten in der Bundesrepublik	184
Der Aufruf der KPD zum Schutz dieser Rechte und Freiheiten	185
Das Eintreten der KPD für diese Rechte und Freiheiten bei ihrer parlamentarischen Arbeit	185
Die sozialen und kulturellen Interessen der Werktätigen . . .	186
Zusammenfassung	190
KPD (Dr. Gieseck): Auseinandersetzung mit den Behauptungen der BReg. über die konkrete Zielsetzung der KPD	190
Die Wiedervereinigung als das wirkliche Ziel der KPD	190
Die angebliche Grundgesetzwidrigkeit dieses Zieles	191
Der „Umsturzplan“	191
Die „Massenbasis“ für den Umsturz	192
Die „Plattform“ für den Umsturz	193
Die „sozialistische Zielsetzung“ des Umsturzes	193
Die Bedeutung der DDR für den Umsturz	196
Die Bedeutung der Nationalen Front für den Umsturz . .	202
Der nationale Kampf der KPD	206
Die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“	207
Der angeblich grundgesetzwidrige Aufruf zum Sturz des Adenauer-Regimes	209
Die Volkssouveränität	211
Die Mittel zum Sturz	212
Der Begriff „Adenauer-Regime“	213
Die Opposition	213
Der Staatsapparat	215
Die außerparlamentarischen Aktionen	217
Die Wahlen und Teilreformen	219
Die unmittelbaren Aktionen des Volkes	221
Der Streik	223
Der politische Widerstand	226
Die Agitation und Propaganda der KPD	227
Die angebliche Übertragung der Herrschaftsordnung der DDR .	229
Die Aufgaben der Regierung der nationalen Wiedervereinigung	231
Zusammenfassung	233
51. Verhandlungstag (14. Juli 1955)	233
KPD (Dr. Wessig):	
Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung	233
Die Zeit bis zum 1. Weltkrieg	234
Die Weimarer Republik	240
Die Nazizeit	248
Die ersten Jahre nach dem Zusammenbruch	253
Die Bundesrepublik Deutschland	257

Die Theorie des Marxismus-Leninismus	263
Die Unzulässigkeit der Messung dieser Theorie an Art. 21 Abs. 2 GG	263
Die Lehre von der sozialistischen Revolution und vom sozialistischen Staat	266
Die Verbindlichkeit der marxistisch-leninistischen Theorie für die KPD	269
Die Lehre von der Strategie und Taktik	272
Die Lehre von der bürgerlich-demokratischen Revolution	273
Die Lehre von der nationalen Frage	277
KPD (Dr. Kaul): Zusammenfassende Würdigung des Verfahrens	283
Der Antrag der BReg. vom 22. November 1951	284
Die Durchsuchungen und Beschlagnahmen	286
Erörterungen über die Erheblichkeit dieser Ausführungen	286
BVerfG: Nichtzulassung des Vortrages über Art und Weise der Be- schlagnahmen	287
KPD (Dr. Kaul):	
Das geheimgehaltene Beweismaterial	287
Die Anberaumung des Termins zur mündlichen Verhandlung	288
Die Anträge auf Ablehnung einiger Richter	289
Die Hintergründe des Verbotsverfahrens	289
Das Ziel des Angriffs der BReg.	291
Der Marxismus-Leninismus als einheitliche Wissenschaft	294
Die Nichtzulassung wesentlicher Teile der marxistisch-leninisti- schen Lehre	295
Die Stellung der Vertreter der KPD im Verfahren	297
Erörterungen zu dieser Frage	297
BVerfG: Nichtzulassung von Angriffen gegen Beschlüsse des Gerichts	298
KPD (Dr. Kaul):	
Die Beweisanträge über die Politik der BReg.	299
Einige Fragen der Beweisaufnahme	299
Zusammenfassung	304
KPD (Rische): Erklärung des PV der KPD zum Abschluß der münd- lichen Verhandlung	305

D. Die Schriftsätze der Parteien 307

1. Schriftsatz der KPD (Dr. Wessig) vom 20. Dezember 1954
 - Zulassung der KPD bleibt auch bei Aufhebung der AHK-Gesetze
 Nr. 13 und 71 rechtsgültig — 307
2. Schriftsatz der KPD (Böhmer) vom 3. Januar 1955
 - Überreichung des Urteils des High Court of Australia in Sachen
 Australian Communist Party and others v. Commonwealth — 307

3. Schriftsatz der KPD (Dr. Kaul und Böhmer) vom 24. Januar 1955 — Nichterfüllung der Auflagen des Beschlusses vom 18. Januar 1955 —	307
4. Schriftsatz der KPD (Dr. Kaul, Böhmer und Dr. Kröger) vom 24. Januar 1955 — Antrag auf erneutes Eintreten in die mündliche Verhandlung über die Zulässigkeit des Verfahrens —	307
5. Schriftsatz der BReg. (von Lex) vom 27. Januar 1955 — Stellungnahme zu dem Schriftsatz der KPD vom 24. Januar 1955 (Nr. 4) —	338
6. Schriftsatz der BReg. (Dres. Dix und von Winterfeld) vom 29. Januar 1955 — Beweisangebote zu Abschnitt II und III des Eingangsplädoyers — .	339
7. Schriftsatz der KPD (Böhmer, Dr. Kaul und Dr. Wessig) vom 31. Januar 1955 — Ablehnung des Präsidenten des BVerfG, Dr. Wintrich, wegen Besorgnis der Befangenheit —	361
8. Schriftsatz der KPD (Dr. Giesecking) vom 31. Januar 1955 — Antrag auf Einstellung des Verfahrens —	362
9. Schriftsatz der BReg. (Dr. Dix) vom 1. Februar 1955 — Stellungnahme zu dem Schriftsatz der KPD vom 31. Januar 1955 (Nr. 8) —	364
10. Schriftsatz der KPD (Dr. Kröger) vom 5. Februar 1955 — Antrag auf Nichtzulassung der in dem Schriftsatz der BReg. vom 29. Januar 1955 (Nr. 6) angebotenen Beweise —	364
11. Schriftsatz der BReg. (Henrichs und Dr. Dix) vom 5. Februar 1955 — Beweisangebote zu Abschnitt IV/1 und 2 des Eingangsplädoyers — .	375
12. Schriftsatz der BReg. (Dres. von Winterfeld und Dix) vom 5. Februar 1955 — Beweisangebote zu Abschnitt IV/3 und 4 des Eingangsplädoyers — .	379
13. Schriftsatz der BReg. (Henrichs und Dr. Dix) vom 5. Februar 1955 — Beweisangebote zu Abschnitt IV/5 des Eingangsplädoyers — . . .	381
14. Schriftsatz der KPD (Böhmer) vom 6. Februar 1955 — Antrag auf Änderung bzw. Ergänzung des Beschlusses vom 18. Januar 1955 —	383
15. Schriftsatz der KPD (Böhmer) vom 8. Februar 1955 — Antrag auf Verlängerung der im Beschluß vom 18. Januar 1955 enthaltenen Auflagen —	390
16. Schriftsatz der KPD (Böhmer und Dr. Kröger) vom 11. Februar 1955 — Gegenbeweise zu dem Schriftsatz der BReg. vom 29. Januar 1955 (Nr. 6) —	390
17. Schriftsatz der BReg. (Dres. von Winterfeld und Dix) vom 12. Februar 1955 — Beweisangebote zu Abschnitt V/2 des Eingangsplädoyers —	418

18. Schriftsatz der BReg. (Dres. Kalsbach, von Winterfeld und Dix) vom 12. Februar 1955 — Beweisangebote zu Abschnitt V/3 des Eingangsplädoyers —	434
19. Schriftsatz der BReg. (Dr. Dix und Henrichs) vom 14. Februar 1955 — Stellungnahme zu den Schriftsätzen der KPD vom 5. Februar 1955 (Nr. 10) und vom 6. Februar 1955 (Nr. 14) —	459
20. Schriftsatz der BReg. (Dr. Dix) vom 14. Februar 1955 — Stellungnahme zu dem Schriftsatz der KPD vom 11. Februar 1955 (Nr. 16) —	461
21. Schriftsatz der KPD (Walter) vom 15. Februar 1955 — Antrag auf Aussetzung des Verfahrens bis zur Entscheidung über die Vb der KPD —	464
22. Schriftsatz der KPD (Dres. Kröger und Kaul) vom 17. Februar 1955 — Anrufung der Entscheidung des Senats gegen eine Mitteilung des Berichterstatters über die Nichtzulassung einiger Beweisthemen aus dem Schriftsatz der KPD vom 11. Februar 1955 (Nr. 16) —	467
23. Schriftsatz der KPD (Böhmer und Dr. Kaul) vom 19. Februar 1955 — Gegenbeweise zu den Schriftsätzen der BReg. vom 5. Februar 1955 (Nr. 12 und 13) —	467
24. Schriftsatz der BReg. (Dres. Dix und von Winterfeld) vom 25. Februar 1955 — Ergänzung der Beweisangebote in dem Schriftsatz vom 29. Januar 1955 (Nr. 6) —	467
25. Schriftsatz der KPD (Dres. Kröger und Kaul) vom 28. Februar 1955 — Gegenbeweise zu den Schriftsätzen der BReg. vom 12. Februar 1955 (Nr. 17 und 18) —	481
26. Schriftsatz der KPD (Fisch) vom 28. Februar 1955 — Teilnahme der Mitglieder des PV der KPD, Rische und Ledwohn, an der mündlichen Verhandlung —	482
27. Schriftsatz der BReg. (Dres. Dix und von Winterfeld) vom 3. März 1955 — Überreichung eines Gutachtens des Prof. Dr. Dr. I. M. Bochenski, Freiburg (Schweiz), über „Die Kommunistische Ideologie und die Würde, Freiheit und Gleichheit der Menschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949“ —	482
28. Schriftsatz der KPD vom 8. März 1955 (Auszug) — Überreichung eines Gutachtens des Prof. Dr. Baumgarten, Berlin, über einige mit dem Potsdamer Abkommen zusammenhängende Fragen —	482
29. Schriftsatz der KPD (Böhmer) vom 15. März 1955 — Beweisangebote für die Auslegung des Programms der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands —	482

30. Schriftsatz der KPD (Dr. Kaul) vom 24. März 1955 — Antrag auf Nichtzulassung des Beweismittels „Methodische Anleitung Nr. 1/53“ —	484
31. Schriftsatz der KPD (Dr. Kaul) vom 24. März 1955 — Antrag auf Nichtzulassung des Beweismittels „Der Agitator Nr. 2/53“ —	485
32. Schriftsatz der KPD (Dres. Kaul und Kröger) vom 30. März 1955 — Weitere Beweisangebote für die politische Zielsetzung und die praktische Politik der KPD —	486
33. Schriftsatz der BReg. (Dr. von Winterfeld) vom 16. April 1955 — Weitere Beweisangebote zur „Nationalen Front“ —	487
34. Schriftsatz der KPD (Böhmer) vom 18. April 1955 — Weitere Beweisangebote zur „Nationalen Front“ —	495
35. Schriftsatz der BReg. (Barthold) vom 27. April 1955 — Einverständnis mit der Einholung einer dienstlichen Äußerung des OStA Herzog und des StA Kaul —	495
36. Schriftsatz der KPD (Dres. Hütsch und Kaul) vom 14. Mai 1955 — Vorstellung gegen das beabsichtigte Abstandnehmen von einer Vernehmung des OStA Herzog und des StA Kaul —	496
37. Schriftsatz der BReg. (Dres. von Winterfeld und Kalsbach) vom 16. Juni 1955 — Überreichung einer Ausgabe der von der KPD herausgegebenen „Prozeßnachrichten“ —	496
38. Schriftsatz der KPD (Dr. Giesecking) vom 21. Juni 1955 — Beweis Antrag über die Bestrebungen der KPD zur Schaffung einer Einheitspartei —	496
39. Schriftsatz der KPD (Dr. Giesecking) vom 21. Juni 1955 — Beweis Antrag über die Unabhängigkeit der KPD von der SED —	497
40. Schriftsatz der KPD (Dr. Giesecking) vom 22. Juni 1955 — Beweis Antrag über das Eintreten der KPD für eine Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der UdSSR —	499

E. Die nicht in der mündlichen Verhandlung verkündeten Beschlüsse des Gerichts 500

1. Beschluß vom 18. Januar 1955	500
2. Beschluß vom 31. März 1955	501
3. Beschluß vom 18. Mai 1955	502
4. Beschluß vom 8. Juni 1955	503

III. Der Gang des Verfahrens	594
1. Das Verfahren bis zur mündlichen Verhandlung	594
2. Die mündliche Verhandlung	594
 Teil B. Die Einwendungen gegen die Durchführung des Verfahrens	 596
I. Die Anwendbarkeit des Art. 21 Abs. 2 GG	596
II. Die Bedeutung des Potsdamer Abkommens und der Lizenzierung	598
1. Allgemeines	598
2. Die Einwendungen der KPD	599
3. Die rechtliche Würdigung der Einwendungen	600
a) Der Sinn des Potsdamer Abkommens	600
b) Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts	602
c) Die Lizenzierung der KPD	602
III. Die Bedeutung der Wiedervereinigung	604
1. Die Einwendungen der KPD	604
2. Die rechtliche Würdigung der Einwendungen	604
 Teil C. Die Rechtsgrundlagen des Verfahrens	 608
I. Die Stellung der politischen Parteien nach dem Grundgesetz	608
II. Die Auslegung des Art. 21 Abs. 2 GG	612
1. Der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung	612
2. Die Bekämpfung oberster Grundwerte als Voraussetzung der Verfassungswidrigkeit	612
3. Der Begriff „darauf ausgehen“	612
4. Die Verwirklichung der verfassungswidrigen Absicht	613
5. Das Erfordernis der „bad tendency“	613
6. Der Begriff der „Ziele“	614
7. Die Theorie des Marxismus—Leninismus als Ziel im Sinne des Art. 21 Abs. 2 GG	614

ZWEITER ABSCHNITT

Teil A. Die allgemeine Zielsetzung der KPD	616
I. Das Bekenntnis der KPD zum Marxismus—Leninismus	616
1. Die Grundzüge des Marxismus—Leninismus und seine Anwendung auf die heutige Situation	616
a) Die Grundzüge des Marxismus—Leninismus	616
b) Die Anwendung des Marxismus—Leninismus auf die heutige Situation	619
2. Der Marxismus—Leninismus als Anleitung zum politischen Handeln	620
3. Das Endziel des Marxismus—Leninismus	623
4. Die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats als Ziele der KPD	624

<i>II. Die Lehre von der proletarischen Revolution</i>	625
1. Wesen und Voraussetzungen der proletarischen Revolution	625
2. Die gewaltsame oder friedliche Durchführung der proletarischen Revolution	628
<i>III. Die Lehre von der Diktatur des Proletariats</i>	631
1. Die Diktatur des Proletariats im allgemeinen	631
2. Die Aufgaben der Diktatur des Proletariats, insbesondere die Behandlung der unterdrückten Klasse	634
3. Die Rolle der Kommunistischen Partei in der Diktatur des Proletariats	636
<i>IV. Das Bekenntnis der KPD zur proletarischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats</i>	638
<i>V. Die Unvereinbarkeit des Staats- und Gesellschaftsbildes der Diktatur des Proletariats mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung</i>	641
Teil B. Die allgemeine Betätigung der KPD im Sinne des Marxismus—Leninismus	647
I. Die Propagierung der marxistisch-leninistischen Lehre	648
1. Die Schulung der Mitglieder der KPD	648
2. Die Propaganda und Agitation der KPD	650
II. Das Verhalten der KPD als marxistisch-leninistische Kampfpartei in der freiheitlichen Demokratie	656
1. Die Unvereinbarkeit des Verhaltens der KPD mit dem Mehrparteienprinzip einer freiheitlichen Demokratie	656
2. Die Unvereinbarkeit des Verhaltens der KPD mit dem Parlamentarismus einer freiheitlichen Demokratie	658
3. Die außerparlamentarischen Aktionen der KPD	660
4. Die KPD als Partei einer Klasse	661
III. Würdigung der allgemeinen Betätigung der KPD	662
Teil C. Die aktuelle Zielsetzung der KPD	663
I. Die Entwicklung der Wiedervereinigungspolitik der KPD	664
1. Erste Phase: nationaler Protest	665
2. Zweite Phase: nationale Selbsthilfe	666
3. Dritte Phase: nationaler Widerstand	669
4. Vierte Phase: nationaler Befreiungskampf	672
a) Die Entstehung des Programms der nationalen Wiedervereinigung	673
b) Der Inhalt des Programms der nationalen Wiedervereinigung	674
c) Die Bedeutung des Programms der nationalen Wiedervereinigung für die aktuelle Politik der KPD	678

II. Das Programm der nationalen Wiedervereinigung als wichtigste Grundlage für die Beurteilung der aktuellen Zielsetzung der KPD	679
1. Das „Adenauer-Regime“ als Angriffsobjekt der aktuellen Politik der KPD	679
a) Die Lehren des Marxismus—Leninismus über die Bedeutung der nationalen Frage für die proletarische Revolution	680
b) Die Anwendung der Lehre des Marxismus—Leninismus über die Bedeutung der nationalen Frage für die proletarische Revolution auf die Bundesrepublik und die Wiedervereinigung	689
2. Für die KPD impliziert der Angriff gegen das „Adenauer-Regime“ den Angriff gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung	695
a) Die prinzipielle Feindschaft der KPD gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung	695
b) Die Betätigung dieser Feindschaft im Zusammenhang mit der Wiedervereinigungspolitik der KPD	698
(1) Die Betätigung der Feindschaft der KPD gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bei der innerparteilichen Schulung und Propaganda in der Wiedervereinigungsfrage	698
(2) Die Betätigung der Feindschaft der KPD gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bei der Wiedervereinigungs-Agitation nach außen	700
(a) Die Stärkung der KPD für ihre revolutionären Aufgaben durch Gewinnung des Zugangs zu breiten Schichten	700
(b) Offene Vertretung der revolutionären Zielsetzung vor der Arbeiterklasse	702
(c) Eintreten für die Gestaltung der Wiedervereinigung nach den Vorstellungen der KPD	703
(d) Vorwurf der Grundgesetzwidrigkeit	705
(e) Verteidigung der KPD	709
(3) Die Tätigkeit der „Regierung der nationalen Wiedervereinigung“ nach der Vorstellung der KPD	715
(a) Durchgangsstadium	716
(b) Andere Gestalt	719
(c) Bessere Grundlage zur Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung	725
(4) Die Aufforderung der KPD zum nationalen Widerstand	727
(a) Widerstand nur gegen die Politik der Regierung Adenauers	732
(b) Widerstand nur mit legalen Mitteln	733
(c) Inanspruchnahme eines Widerstandsrechtes	736
Teil D. Der politische Gesamtstil der KPD	738
I. Darstellung des politischen Kampfstils der KPD	739
1. Angriffe gegen Gesetze	739
2. Angriffe gegen die Bundesregierung	740
3. Angriffe gegen das Parlament	740
4. Angriffe gegen das Bundesverfassungsgericht	740
II. Würdigung dieses Stils	741

DRITTER ABSCHNITT

<i>I. Die Bescheidung der restlichen Anträge</i>	745
1. Die Anträge aus der mündlichen Verhandlung	745
2. Die Anträge nach Beendigung der mündlichen Verhandlung	745
3. Der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung	745
<i>II. Schlußfolgerungen</i>	745
 Register	 747